

Statement

von

Peter Kammerer  
stellvertretender Hauptgeschäftsführer  
der  
IHK für München und Oberbayern

anlässlich

der  
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz  
am 16. Mai 2018, 10:30 Uhr,  
IHK für München und Oberbayern,  
Großer Clubraum,  
Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft setzt ihren Höhenflug fort. Der BIHK-Konjunkturindex liegt mit 135 Punkten nur einen Zähler niedriger als bei seinem Rekord zu Jahresbeginn. Seit nunmehr acht Jahren liegt der Indikator über seinem langfristigen Durchschnitt – das ist das längste Stimmungshoch seit Beginn unserer Konjunkturumfrage im Jahr 1993. Die Unternehmen bewerten ihre aktuellen Geschäfte annähernd so gut wie zu Jahresbeginn und sie blicken weiterhin optimistisch in die Zukunft. Die bayerischen Betriebe wollen investieren und Personal einstellen. Der sich zuspitzende Fachkräftemangel und Probleme mit Gewerbeflächen sind jedoch Engpassfaktoren. Ohne diese Hemmnisse könnte das Wachstum noch höher sein. Dies sind die zentralen Ergebnisse unserer BIHK-Konjunkturumfrage unter rund 3.800 bayerischen Unternehmen.

Die aktuelle Stimmung ist hervorragend: 57 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Lage zufrieden. Nur bei 5 Prozent läuft es schlecht. Mit einem Saldo von 52 Punkten erreicht damit die Geschäftslage den zweithöchsten Wert seit 1993. Die Rekordwerte vom Jahresbeginn werden nur knapp verfehlt.

Die Unternehmen gehen weiterhin davon aus, dass sich der konjunkturelle Höhenflug in den kommenden zwölf Monaten

fortsetzt: 27 Prozent der Betriebe rechnen mit mehr Geschäft. Nur ein kleiner Teil der Betriebe, 7 Prozent, befürchtet eine Eintrübung. Damit blickt die bayerische Wirtschaft ähnlich optimistisch in die Zukunft wie zu Jahresbeginn. Angesichts der sehr guten Ausgangslage ist dies ein starkes Signal für einen anhaltenden Boom.

Diese Zuversicht überträgt sich auf die mittelfristigen Planungen der Unternehmen: Da die Kapazitäten weiterhin gut ausgelastet sind, möchte jedes dritte mehr investieren, jedes zweite behält sein bisheriges Investitionsvolumen bei.

Auch ihr Personal möchten die Unternehmen aufstocken: Mehr als jedes fünfte will zusätzliche Arbeitsplätze einrichten, nur 9 Prozent Stellen streichen. Damit steht der bayerischen Wirtschaft ein ähnlich starker Beschäftigungsaufbau bevor wie im Vorjahr, sofern die Betriebe weiter Fachkräfte finden.

## **Risiken**

Wie stabil die konjunkturellen Aussichten sind, zeigen die Risikoeinschätzungen der Unternehmen für ihr direktes Geschäft. Die im Hintergrund immer vorhandenen Sorgen vor einer Abkühlung der Inlands- und Auslandsnachfrage verharren im langfristigen Vergleich auf niedrigem Niveau. Etwas mehr als ein Drittel der Firmen sieht Risiken bei der Inlands-

nachfrage, nur jede siebte Firma bei der Auslandsnachfrage. Auch in exportstarken Branchen wie der Industrie, die fast jeden zweiten Euro im Ausland erwirtschaftet, sieht nur jedes vierte Unternehmen ein Risiko bei der Nachfrage auf den Exportmärkten.

Anders sieht es bei den Risiken aus, welche die Wachstumsbedingungen für die Unternehmen abbilden: Ganz oben auf der Sorgenliste steht der Fachkräftemangel. Er bleibt die Wachstumshürde Nummer eins für die bayerische Wirtschaft: Fast zwei Drittel der Unternehmen (64 Prozent) stufen ihn als Geschäftsrisiko ein. Dies sind fast 10 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Den Firmen fehlen nicht nur die Personalkapazitäten, sondern für 42 Prozent der Unternehmen sind steigende Arbeitskosten ein Risiko.

Unverändert kritisch werden die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eingestuft. Rund vier von zehn Betrieben sehen sie als Risiko an. Die von den Unternehmen genannten Themen reichen von zunehmender Bürokratie, schlep-penden Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohen Steuern und Abgaben bis hin zu Sorgen über die handelspolitischen Auswirkungen des Brexit oder des weltweit zunehmenden Protektionismus. Auch die EU-Datenschutz-Grundverordnung verunsichert die Unternehmen aktuell stark.

Die regen Investitionen und mehr Beschäftigung heben dazu ein neues Thema auf das Risikotableau. Erweiterungen der Betriebe scheitern oftmals daran, dass Flächen fehlen oder ihre Nutzung eingeschränkt ist, beispielsweise durch strenge Lärmschutzauflagen. Rund ein Drittel der Unternehmen, die ihren Standort erweitern wollen, klagen über Probleme, geeignete Flächen dafür zu finden.

Bevor wir uns mit den wirtschaftspolitischen Konsequenzen beschäftigen, werfen wir zunächst einen Blick auf die einzelnen Branchen.

## **Bau**

Das Baugewerbe bleibt der Stimmungskönig der bayerischen Wirtschaft. Drei von vier Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden, praktisch keines ist unzufrieden. Ein Ende des Baubooms ist nicht absehbar. Vielmehr gehen 28 Prozent der Betriebe von einer weiteren Belebung aus, 70 Prozent erwarten eine stabile Entwicklung.

Da viele Unternehmen bereits an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, herrscht in der Baubranche hoher Personalbedarf: 20 Prozent der Unternehmen möchten zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und fast 80 Prozent zumindest an ihrer aktuellen Belegschaft festhalten.

Der Fachkräftemarkt ist jedoch leergefegt: Neun von zehn Unternehmen sehen im Fachkräftemangel daher ein Geschäftsrisiko. Entsprechend groß sind die Sorgen vor steigenden Löhnen: Für jedes zweite Unternehmen ist das ein Risiko – auch dies ein überdurchschnittlich hoher Wert.

### **Dienstleistungen**

Beste Stimmung herrscht weiterhin im bayerischen Dienstleistungsgewerbe: 57 Prozent der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, nur 3 Prozent sind unzufrieden. Dies entspricht nahezu den historisch guten Bewertungen vom Jahresbeginn.

In den kommenden zwölf Monaten wird es so weitergehen: Rund jedes vierte Unternehmen rechnet mit einer Geschäftsbelebung und nicht einmal jedes zehnte erwartet eine Eintrübung. Damit bestätigen die Unternehmen ihre Prognosen vom Jahresbeginn.

Auch für die Dienstleistungsbranche sind Fachkräfte eine knappe Ressource und damit Wachstumshemmnis. Fast sechs von zehn Unternehmen sehen hier ein Geschäftsrisiko. Ihre Hoffnung, neues Personal zu finden, haben die Unternehmen jedoch noch nicht aufgegeben: Rund ein Viertel der Betriebe möchte zusätzliches Personal einstellen, zwei Drittel möchten ihre aktuelle Personalstärke beibehalten.

## **Industrie**

Die bayerische Industrie hat etwas Dampf aus dem Kessel gelassen, weil im Vergleich zum Jahresbeginn die Nachfrage aus dem In- und Ausland nicht mehr ganz so stark zugenommen hat. Wie gut die Geschäfte nach wie vor laufen, spiegelt sich in den Lageurteilen der Unternehmen wider: 60 Prozent bezeichnen sie als „gut“, nur 5 Prozent sind unzufrieden. Dies sind die zweitbesten Bewertungen seit 1993, dem Beginn unserer Umfrage.

Auch die Aussichten für die kommenden zwölf Monate bleiben bestens: 67 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer stabilen Entwicklung und 26 Prozent mit zusätzlichem Wachstum. Während das Inlandsgeschäft ein stabiles Plus verspricht, rechnen die Unternehmen beim Exportgeschäft mit kleineren Zuwächsen als bisher.

Diese Zurückhaltung könnte der Politik geschuldet sein, denn die Angst vor einem Handelskrieg hat deutlich zugenommen: 52 Prozent der bayerischen Industrieunternehmen betrachten die aktuellen Tendenzen zu mehr Protektionismus mit Sorge. Zu Jahresbeginn lag der Anteil noch bei 38 Prozent.

Trotz des schwierigeren Handelsumfelds will die bayerische Industrie kräftig investieren. Hoch im Kurs stehen dabei In-

vestitionen im Inland. Nach wie vor investieren die Unternehmen hierzulande vor allem, um in die Jahre gekommene Anlagen zu ersetzen (64 Prozent). Da die Auslastung jedoch hoch ist, wollen auch 44 Prozent ihre Kapazitäten erweitern. Dies ist der höchste Wert seit 2010. Gleichzeitig geht der Personalaufbau weiter: 23 Prozent der Betriebe möchten Personal einstellen, nur 7 Prozent Stellen streichen.

Auch für die Industrie ist die Expansion kein Selbstläufer: Zum einen haben 30 Prozent der Unternehmen, die ihren Standort erweitern wollen, Probleme, dafür geeignete Flächen zu finden. Zum anderen sehen so viele Industriebetriebe wie noch nie (67 Prozent) im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko.

## **Handel**

Die Händler sind nicht mehr ganz so zufrieden wie zu Jahresbeginn. Sowohl die Groß- als auch die Einzelhändler haben ihre Lageurteile reduziert. Noch immer bewerten aber 43 Prozent der Einzelhändler ihre Lage als „gut“, unter den Großhändlern sind es sogar 53 Prozent. Im langfristigen Vergleich sind dies überdurchschnittlich gute Einschätzungen. Die Aussichten für den Handel bleiben stabil. Rund jeder vierte Einzelhändler rechnet damit, dass die Geschäfte anziehen, unter den Großhändlern ist es jeder dritte.



Lohnsteigerungen, niedrige Arbeitslosigkeit und günstige Kredite bleiben die Garanten für die Kauflaune der Haushalte. Dennoch beeinflussen den Handel drei Themen im Branchenvergleich besonders stark:

Erstens verändert die Digitalisierung die Branche massiv. Immer mehr Verbraucher shoppen im Internet und vom Online-Handel geht ein starker Wettbewerbsdruck aus. Während das Online-Geschäft der Einzelhändler wächst, kämpft der stationäre Handel mit Umsatzeinbußen.

Zum Zweiten steigen im Zuge der EU-Datenschutzgrundverordnung die Anforderungen an die Unternehmen deutlich. Bei Nichteinhaltung drohen hohe Bußgelder. Da im Handel eine Vielzahl von Kundendaten anfallen, etwa bei Kundenbindungssystemen, fällt die Risikoeinschätzung entsprechend hoch aus: Während in der Gesamtwirtschaft 46 Prozent der Unternehmen in Datenschutzauflagen ein Risiko sehen, sind es 61 Prozent der Händler.

Drittens bereiten dem Handel mögliche Dieselfahrverbote erhebliche Sorgen. Während 59 Prozent aller Unternehmen darin ein Geschäftsrisiko sehen, sind es im Handel sogar 67 Prozent. Zum einen würde der innerstädtische Lieferverkehr massiv eingeschränkt. Zum anderen droht dem stationären Handel ein Ausbleiben von Kundschaft.

## **Konjunkturelles Fazit**

Bayern schwimmt seit acht Jahren auf einer konjunkturellen Erfolgswelle. Seit 2010 ist die Stimmung der Unternehmen überdurchschnittlich gut. Eine solch lange Phase gab es noch nie und ein Ende des Höhenflugs ist bislang nicht in Sicht.

Dies ist jedoch kein Selbstläufer. Die Unternehmen finden kaum noch Fachkräfte und die Frage, wo man neue Produktionsmöglichkeiten räumlich unterbringt, wird zunehmend schwieriger. Welche Forderungen leiten wir aus den aktuellen Ergebnissen der Konjunkturumfrage ab?

## **Wirtschaftspolitische Konsequenzen**

Damit Bayern erfolgreich bleibt, müssen Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Langfristig kann das Fachkräftepotenzial am besten durch eine Bildungspolitik erhöht werden, die erstens die Potenziale aller durch optimale Förderung ab Kindesalter voll ausschöpft und zweitens die berufliche Bildung stärkt und sie als gleichberechtigte Säule neben der akademischen Bildung anerkennt. Kurzfristig muss die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren weiter erhöht und parallel dazu der Zuzug von ausländischen Fachkräften vereinfacht werden.

Die aktuellen Pläne der Bundesregierung gehen in die falsche Richtung. Das Recht auf befristete Teilzeit für alle Beschäftigten führt gesamtwirtschaftlich zu einer Reduzierung des angebotenen Arbeitsvolumens und ist damit in Zeiten des Fachkräftemangels das falsche Signal. Statt Anreize für weniger Arbeit zu setzen, brauchen wir Anreize, dass Beschäftigte mehr arbeiten wollen. Wesentlich sinnvoller wäre es, die Einkommensteuer zu senken und dabei den steilen Verlauf der Einkommensteuer im unteren und mittleren Bereich (Mittelstandsbauch) abzubauen und die kalte Progression zu reduzieren.

Während der internationale Steuerwettbewerb zunimmt, hat sich die große Koalition in Zeiten sprudelnder Steuerquellen nur zu einem minimalen Abbau des Solidaritätszuschlags durchringen können. Dass Deutschland im internationalen Vergleich eine Spitzenposition hinsichtlich Steuer- und Abgabenbelastung einnimmt, ist kein Grund zum Feiern, sondern zeigt, wie hoch der Handlungsbedarf ist. Erst jüngst hat die OECD wieder bestätigt, dass Deutschland mit der Steuer- und Abgabenbelastung einen internationalen Spitzenwert einnimmt. Aktuell liegt die Quote für Alleinstehende bei 49,7 Prozent der Arbeitskosten (*Anteil der Steuern und Sozialabgaben von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den gesamten Arbeitskosten*). Es ist kein Wunder, dass bei einer solchen Belastung viele Arbeitskräfte lieber die Arbeitszeit verkürzen wollen als noch mehr für die Staatskassen zu arbeiten.

Kurzfristig kann das Arbeitskräfteangebot auch durch mehr Zuwanderung von Fachkräften erhöht werden. Das Vorhaben der großen Koalition, die Zuwanderung für Nicht-EU-Ausländer neu zu regeln und zu vereinfachen, begrüßen wir ausdrücklich. Das bisherige Regelwerk ist viel zu komplex und insbesondere für ausländische Fachkräfte nur schwer nachvollziehbar, so dass es kaum zu Arbeitsverträgen mit Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern kommt. Ziel muss sein, dass sich die Zuwanderung am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert und gleichzeitig ausländischen Fachkräften signalisiert wird, dass sie in Deutschland willkommen sind.

Zuzug, Bevölkerungswachstum, Beschäftigungsaufbau und Wirtschaftswachstum setzen voraus, dass Mitarbeiter bezahlbaren Wohnraum finden und Unternehmen gut ausgestattete Arbeitsplätze schaffen können. Es geht also darum, verantwortungsbewusst mit neuen Flächen umzugehen.

In der aktuellen politischen Debatte entsteht der Eindruck, Bayern stünde kurz vor einer Totalversiegelung. Vor allem die Wirtschaft wird als Hauptverantwortlicher für eine immer stärkere Flächennutzung dargestellt. Dieses Bild möchten wir unter Verweis auf die Fakten ins rechte Licht rücken. Zwischen 2011 und 2015, eine längere Betrachtung ist aufgrund einer Datenrevision der amtlichen Statistik nicht möglich, wurden die Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern um 2,2 Prozent ausgeweitet. Hauptgrund war der Bevölke-

rungszuwachs, ein Plus von 2,9 Prozent in diesem Zeitraum. Parallel dazu ist im selben Zeitraum die für Wohnraum genutzte Fläche um 2,7 Prozent gewachsen.

Welche Flächen hat das Wirtschaftswachstum in Anspruch genommen? Im selben Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt um 6,9 Prozent gewachsen und die Beschäftigung ist um 9,5 Prozent angestiegen. Die von Gewerbe und Industrie genutzten Flächen sind mit einem Plus von 0,7 Prozent aber deutlich weniger angestiegen. Folglich hat die Intensität der Flächennutzung im Bereich Gewerbe und Handel spürbar zugenommen. Vereinfacht gesagt heißt das, auf fast gleicher Fläche wurden mehr Beschäftigte untergebracht und es wurde mehr erwirtschaftet.

Nicht das Wirtschaftswachstum ist folglich der Haupttreiber für den viel beschworenen „Flächenfraß“, sondern es ist das Bevölkerungswachstum. Aber bei aller Dynamik: Nur rund 6 Prozent des bayerischen Staatsgebiets sind tatsächlich versiegelt, der Rest, also 94 Prozent, ist landwirtschaftlich genutzt, Wald oder Natur – oder besteht im Falle von Gewerbe- oder Wohnflächen aus unversiegelten Anteilen wie Vorgärten und Grünflächen.

Wir dürfen unterschiedliche Nutzungsarten wie Wohnen, Freizeit, Verkehr und Gewerbe nicht in Konkurrenz zueinan-

der setzen, sondern müssen die Zusammenhänge bedenken und noch effizienter mit Grund und Boden umgehen.

Eine staatlich verordnete Obergrenze bei der Flächenausweisung konterkariert das Ziel einer effizienten Flächennutzung. Im Gegenteil: Eine Obergrenze höhlt die kommunale Planungshoheit aus und erschwert regionale Absprachen zwischen den Kommunen. Für viele Unternehmen würde eine langfristige Standortsicherung unmöglich – nicht nur in den Ballungsräumen, sondern überall in Bayern. Stattdessen ist ein strategisches, gemeindeübergreifendes und langfristiges Flächenmanagement sowie eine dichtere Bebauung aus unserer Sicht der beste Weg.

Die bayerische Wirtschaft hat in den letzten acht Jahren eine überaus positive Entwicklung genommen. Der Glanz strahlt weit über Bayern hinaus und zieht Viele an, bei uns zu arbeiten und zu leben. Von einer solchen Situation träumen andere europäische Regionen, insbesondere jene, die noch immer unter den Nachwehen der Schuldenkrise leiden oder in einer strukturellen Abwärtsspirale aus Abwanderung und Fachkräfteschwund stecken. Mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik muss die Politik nun die Rahmenbedingungen schaffen, dass Bayern nicht nur im Boom glänzt, sondern auch auf eine mögliche Krise gut vorbereitet ist.